1884	1878	1881	1885	1890	1895			Zunahme	Abnahme
70	68	63	54	65	63	Ehrenfriedersd.	5123	503	
45	59	61	63	64	64	Colditz	5121	381	
44	55	56	65	60	65	Pegau	5084		— 202
54	58	60	58	66	66	Ernstthal	4936	287	
65	65	68	62	67	67	Elsterberg	4813	270	
87	81	79	69	69	68	Hartha	4776	541	
63	71	76	74	70	69	Adorf	4750	648	
77	73	72	75	72	70	Neustadt	4365	287	
91	82	66	72	71	71	Nossen	4351	259	
61	70	69	71	76	72	Neustädtel	4316	362	
96	62	64	76	74	73	Königstein	4160	172	
82	84	67	73	68	74	Thum	4134		— 222
51	63	62	66	73	75	Geithain	3936		— 101
60	79	81	68	79	76	Zwenkau	3866	230	
95	76	82	81	83	77	Schöneck	3772	385	
74	72	74	83	80	78	Schwarzenberg	3744	186	
72	66	73	79	75	79	Lausigk	3679		— 317
80	74	77	67	78	80	Lunzenau	3637		— 11
71	94	92	78	84	81	Brand	3557	196	
92	86	84	84	77	82	Pulsnitz	3433	278	
131	67	70	77	82	83	Lengefeld	3431		— 252
67	85	91	97	96	84	Geringswalde	3390	473	
66	75	78	82	81	85	Dippoldiswalde	3359		— 64
93	90	93	94	86	86	Taucha	3328	155	
68	64	75	80	85	87	Pausa	3308	98	
57	87	87	90	92	88	Frohburg	3302	340	
101	101	99	99	88	89	Schlettau	3175	87	
86	96	95	95	98	90	Callnberg	3130	277	
104	115	116	112	90	91	Wilsdruff	3116	136	
109	78	80	80	105	92	Königsbrück	3101	656	
76	93	96	85	87	93	Schandau	3089		— 67
84	88	90	95	95	94	Radeburg	3071	147	
—	97	97	89	89	95	Schirgiswalde	3051	13	
58	80	85	93	93	96	Lommatzsch	2971	3	
73	89	88	87	91	97	Dahlen	2916		— 58
89	91	94	98	97	98	Zwönitz	2895	5	
135	117	112	107	101	99	Rabenau	2869	158	
117	99	103	103	100	100	Dohna	2825	103	
69	83	86	88	94	101	Waldenburg	2806		— 152
94	95	98	100	103	102	Hartenstein	2663	141	
79	99	100	102	102	103	Mügeln	2654	91	
115	77	89	92	99	104	Wildenfels	2624		— 113
106	98	101	101	104	105	Tharandt	2616	105	
97	102	102	104	106	106	Scheibenberg	2567	143	
78	106	107	111	107	107	Strehla	2519	132	
120	109	108	110	110	108	Rötha	2441	137	
111	112	106	108	108	109	Zöblitz	2386	51	
85	103	103	105	112	110	Jöhstadt	2358	81	
122	129	125	124	118	111	Naunhof	2348	348	
107	111	109	106	113	112	Siebenlehn	2321	90	
114	114	114	113	114	113	Brandis	2301	122	
110	116	117	115	109	114	Schellenberg	2242		— 89
105	123	126	122	116	115	Ostritz	2133	125	
83	105	110	114	115	116	Elterlein	2128		— 41
125	119	118	116	117	117	Glashütte	2117	114	
88	104	104	109	111	118	Wolkenstein	2116		— 186
90	113	115	118	119	119	Oberwiesenthal	2030	62	
137	137	135	131	123	120	Nerchau	1914	271	
81	108	112	117	121	121	Altenberg	1902	10	
110	118	119	120	122	122	Grünhain	1815	64	
103	107	111	119	120	123	Mühltroff	1708		— 185
102	121	122	121	125	124	Mutzschen	1628	75	
121	130	130	127	127	125	Elstra	1443		— 34
113	128	128	129	129	126	Stolpen	1442	20	
136	125	124	126	126	127	Berggießhübel	1421		— 91
99	124	123	130	133	128	Bernstadt	1403	174	
116	120	121	123	128	129	Sayda	1402		— 66
132	122	120	125	124	130	Wehlen	1401		— 172
124	138	132	135	137	131	Weißenberg	1298	171	
130	126	129	132	131	132	Hohnstein	1296		— 5
128	132	134	137	136	133	Trebsen	1285	152	
119	131	131	134	130	134	Geising	1271		— 40
123	127	127	128	132	135	Frauenstein	1208		— 63
129	134	133	133	134	136	Neusalza	1205	15	
134	135	136	136	135	137	Gottleuba	1158		— 16
138	141	141	140	140	138	Lauenstein	1100	228	
139	140	139	141	139	139	Regis	1048	167	
112	136	137	138	138	140	Kohren	985	20	
133	139	138	139	142	141	Liebstadt	764		— 85
108	138	140	142	141	142	Unterwiesenthal	750		— 108
140	142	142	143	143	143	Bärenstein	550		— 36

Politische Umschau.

Freiberg, den 11. April.

Ueber die Ernennung des württembergischen Generallieutenants Freiherrn von Falkenstein zum kommandirenden General des 15. Armeecorps herrscht in Württemberg große Freude. Der „Schwäb. Merkur“ schreibt: „Die längst erwartete Ernennung des Generaladjutanten, Generallieutenants Freiherrn von Falkenstein zum kommandirenden General des 15. Armeecorps (Straßburg) ist nunmehr erfolgt. Damit tritt an die Spitze eines der wichtigsten **deutschen** Armeecorps ein württembergischer Offizier von hervorragender Befähigung. Die neueste Ernennung wird auch die Wünsche Derer befriedigen, die nach dem Abgang des Generals v. Wölckern meinten, das württembergische Generalkommando müsse wiederum mit einem württembergischen Offizier besetzt werden. Der Beweis ist aufs Neue geliefert, daß den württembergischen Offizieren die höchsten Kommandostellen im deutschen Heere ebenso offen stehen, wie den aus dem preußischen Heere hervorgegangenen.“

Bei der Reichstagsersatzwahl in Osnabrück wurden bisher gezählt: für Wamhoff (nl.) 9585, für Schele (Welfe) 11,527, für Weidner (Antisemiten und Bund der Landwirthe) 1969, für Schrader (soz.) 3238, für Hiltenkamp (freis.) 156 Stimmen. Aus drei Bezirken steht das Resultat noch aus. — Aus diesen vorläufigen Ergebnissen ist in erster Linie zu ersehen, daß die Antisemiten trotz ihrer gewaltigen Anstrengungen wieder eine eklatante Niederlage erlitten haben. Sie haben gegen 100 Wahlversammlungen abgehalten; daß diesen großen Anstrengungen das erzielte Ergebniß nicht entspricht, liegt auf der Hand. Noch kläglicher haben die Freisinnigen abgeschlossen. In der Stichwahl wird wahrscheinlich der Welfe siegen.

Zu dem Streit zwischen der preußischen und der bayerischen Eisenbahn-Verwaltung über Sonderzüge zu den Ausstellungen von Berlin und Nürnberg schreibt die „Allgem. Ztg.“ in München offiziös: „Ein Berliner Blatt weiß seinen Lesern unter dem Anscheine genauer Informationen mitzutheilen, daß in der Frage, ob die Bahnverwaltungen einerseits den norddeutschen Besuchern der bayerischen Landes-Ausstellung in Nürnberg, andererseits den bayerischen — richtiger wäre vielleicht: den süddeutschen, schweizer und südösterreichischen — Besuchern der Berliner Gewerbe-Ausstellung Fahrpreis-Ermäßigungen gewähren werden, Ruhe eingetreten sei, und zwar, wie man „zu wissen glaubt, nicht durch die Schuld Preußens“, das heißt in diesem Falle vermuthlich durch jene Bayerns. Es ist, gutem Vernehmen nach, richtig, daß zwischen Preußen und Bayern über solche Preis-Ermäßigungen konferirt wurde. Dagegen wird durchaus unzutreffend berichtet: „Bayern erklärte sich bereit, auf allen seinen Staatsbahnlinien, eben so wie nach Nürnberg, allmonatlich einen Extrazug nach Berlin laufen zu lassen, falls Preußen umgekehrt sich verpflichte, auf allen seinen Staatsbahnlinien seinerseits allmonatlich einen Extrazug nach Nürnberg kursiren zu lassen“. Vielmehr hat Bayern mitgetheilt, daß es in jedem Monat zum Besuche der Nürnberger Ausstellung entweder auf jeder bayerischen Strecke einen Sonderzug abgehen lassen, oder „einen fahrplanmäßigen Zug bezeichnen werde, für welchen Fahrkarten zum einfachen Preise mit der Berechtigung zur taxfreien Rückfahrt ausgegeben würden“. Bayern würde für die Besucher der Berliner Ausstellung (von Nürnberg, München oder Augsburg aus) dieselbe Vergünstigung gewähren, falls Preußen auch für die Nürnberger Ausstellung die gleiche Ermäßigung eintreten lassen würde. Von preußischer Seite wurde aber Letzteres abgeschlagen. In Folge dessen wurde die General-Direktion der bayerischen Staats-Eisenbahnen ermächtigt, von der Gewährung besonderer Verkehrs-Erleichterungen für den Besuch der Berliner Gewerbe-Ausstellung vorläufig abzusehen“. — Den Interessen der Berliner wie der Nürnberger Ausstellung förderlicher wäre es gewesen, wenn man in Berlin statt kleinlicher Rechenkünste etwas mehr bundesbrüderliche Gesinnung gezeigt hätte. Hoffentlich ist in der Sache noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Der „Fall Kotze“ hat nunmehr anscheinend seinen Abschluß gefunden, — wie zu erwarten stand, einen blutigen. Nachdem das Urtheil des Ehrengerichts der Zieten-Husaren gegen Herrn von Kotze durch den Kaiser umgestoßen und das der Königs-Ulanen in eine Warnung umgewandelt war, forderte der Ceremonienmeister Herr von Kotze seinen Hauptgegner, den Kammerherrn, Freiherrn von Schrader, natürlich unter sehr schweren Bedingungen. Die Forderung soll schon vor einiger Zeit ergangen, ihr Austrag nur aus besonderen Gründen aufgeschoben sein, so behauptete dieser Tage das „Kleine Journal“, das sogar die näheren Bedingungen angab. Bekanntlich hat der flüchtige Rechtsanwalt Friedmann früher in nahen Beziehungen zu dem genannten Blatte gestanden und sich gleichzeitig lebhaft mit der Aufklärung der dunklen Briefgeschichte beschäftigt. Immerhin ist es auffällig, daß über solche Ehrenhändel im Voraus Nachrichten in die Presse gelangen; man kann auch nicht wünschen, daß in Bezug auf Zweikämpfe französische Gewohnheiten bei uns einreißen. Im vorliegenden Falle befremdet das allerdings nicht so sehr, da die ganze Angelegenheit durch ihre Vorgeschichte und die Personen der Betheiligten ein so ungewöhnliches Interesse erlangt hat, daß selbst das halbamtliche „Wolffsche Telegr.-Bureau“ auf den Zweikampf eingeht. Es meldete nämlich aus Potsdam unter dem 10. April: „Auf dem Ravensberge fand heute zwischen dem Herrn von Kotze und dem Herrn von Schrader ein Duell statt, in welchem Herr von Schrader dem Vernehmen nach durch einen Schuß in den Unterleib schwer verletzt wurde. Herr von Schrader ist nach dem städt. Krankenhause in Potsdam gebracht worden.“ Nach einem zweiten Telegramm des „W. T. B.“ ist der Verwundete in dem Augusta-Victoria-Hospital zu Potsdam von Geheimrath Professor v. Bergmann unter Theilnahme anderer Aerzte alsbald operirt worden. Die Verletzung ist sehr schwer. (Darmverletzung.) — Wie dem „B. T.“ mitgetheilt wird, ist auch Herr von Kotze leicht verwundet worden. Die Bedingungen lauteten auf zehn Schritt Entfernung und Kugelwechsel bis zur Kampfunfähigkeit. Als Sekundant stand dem Ceremonienmeister von Kotze sein Vetter, der Rittmeister Dietrich v. Kotze zur Seite. Die Aerzte haben eine schwere Verletzung des Darms festgestellt. Im Krankenhause ziehen viele Herren über das Befinden des Verwundeten Erkundigungen ein. Nach dem „Lok. Anz.“ blieb Herr v. Kotze unverletzt. Er wurde nur „von einer Kugel nahezu gestreift“. Der Kampf fand Morgens um 7 Uhr statt. Der erste Kugelwechsel soll erfolglos verlaufen sein. Nach dem zweiten stellte der Oberstabsarzt des Leibgarde-Husaren-Regiments Dr. Timan fest, daß Frhr. v. Schrader durch einen Schuß in den Unterleib schwer verletzt sei. Generalmajor von Bissing, der Kommandeur der 4. Kavallerie-Brigade, welcher Sekundant des Herrn von Schrader war, benachrichtigte dessen Familie. Die Baronin von Schrader und sein Sohn, Stud. von Schrader, erschienen mit dem nächsten Zuge. Gleichzeitig traf der telegraphisch herbeigerufene Professor Dr. von Bergmann mit einem Assistenten im Krankenhause ein. Die Kugel ist unterhalb der Lunge eingedrungen. — Herr von Kotze hatte sich mit dem nächsten Zuge nach Berlin zurückbegeben. In seiner Berliner Wohnung, derselben, welche früher die erbprinzlich meiningischen Herrschaften gehabt hatten, empfing er alsbald den Besuch vieler Freunde und Verwandten. Sein Bruder, Landrath des Kreises Aschersleben, war mit seinem Sohne schon vorher bei ihm eingetroffen.

Die Erschwerung, der die Kaufleute durch die neue Margarine-Gesetzesvorlage ausgesetzt sind — es soll Butter und Margarine nicht gleichzeitig in einem Geschäft feilgeboten werden —, hat die Margarinefabrikanten veranlaßt, mit dem Vorschlag hervorzutreten, die Fleischermeister möchten den Verkauf der Margarine übernehmen. Der Vorschlag findet in Fleischerkreisen Zustimmung. Die „Dtsch. Fleischerztg.“, das Organ des deutschen Fleischerverbandes, empfiehlt den Fleischermeistern, dem Anerbieten der Margarinefabrikanten ein wohlwollendes Entgegenkommen zu bezeigen.

Eine von 2000 Personen besuchte, vom Reichstagsabgeordneten von Elm geleitete Volksversammlung in Altona verhängte den Boycott über sämmtliche Geschäfte Deutschlands, welche aus der Margarinefabrik des Landtagsabgeordneten Mohr Produkte beziehen würden. Die Versammlung wurde schließlich wegen aufreizender Aeußerungen polizeilich aufgelöst.

Die „Hamburger Nachrichten“ veröffentlichen einen Brief des Kapitän-Lieutenant Rust an eine in der Kolonial-Bewegung bekannte Persönlichkeit, in dem Rust, der Begleiter des Dr. Peters auf der Emin Pascha-Expedition, sich über diese und die gegen Peters erhobenen Anschuldigungen entlastend ausspricht.

Aus der Provinz Posen wird geschrieben: Ein lehrreiches Beispiel, in welcher Weise die Polen den Gebrauch ihrer Sprache erzwingen wollen, liefert folgender Vorfall: Der Landrath des Kreises Jarotschin ladet durch Anzeige im Kreisblatt und durch besonderes Anschreiben zu einer Besprechung ein, in welcher über den Bau einer Zuckerfabrik in Jarotschin verhandelt werden soll. Anstatt sich zu freuen, daß die neutrale Mittelsperson des Landraths die für die Landwirthschaft des Kreises bedeutsame Angelegenheit in die Hand nimmt, wird in einer vom „Dziennik“ veröffentlichten Zuschrift der Landrath daraufhin angegriffen, daß er die Einladung nur „in der Amtssprache“ erlassen habe. Trotzdem (!) glaube man, daß der Plan nicht nur von Mitgliedern des „H.-K.-T.“-Vereins und von Bauern der königlichen Ansiedlungskommission durchgeführt werden solle. Ob aber den Polen der Beitritt zu dem Unternehmen gestattet werde, sei nicht bekannt. Für alle Fälle werden die polnischen Interessenten eine Stunde vor Beginn der Besprechung zu einer Sitzung in ein polnisches Lokal entboten. Und da wundern sich die Polen, wenn den Deutschen die gemeinsame „friedliche“ Arbeit mit den Polen verleidet wird. Derartige Versuche, vor Allem die sogenannte „Gleichberechtigung“ der polnischen Sprache zu erzwingen, wirken einfach sprengend. Zum Beweise dafür wird die Spaltung in einen deutschen und polnischen Verein für Ferienkolonien angeführt, in einen deutschen und polnischen landwirthschaftlichen Centralverein, die finanzielle Erschütterung zahlreicher anderer Vereine und Genossenschaften. Wenn die königliche Generallandschaft und die Landwirthschaftskammer nicht Staatskommissare besäßen, stände der Krieg um die Sprache auch in diesen Instituten auf der Tagesordnung. Der Widerstand der einflußreichen deutschen Kreise gegen eine nationalparitätische Handhabung der Sache der Volksstätten ist nur in der Abneigung der Deutschen gegen das rein politische agitatorische Verlangen der Polen nach ihrer Sprache begründet.

Die antisemitische „Tägl. Rundschau“ schreibt; Ahlwardt ist es jetzt geglückt, in Brooklyn eine Wochenzeitung „Der Antisemit“ zu begründen, von der uns eine Probenummer mit einem beigefügten Schreiben des „Central-Komités der amerikanischen antisemitischen Association“ an die Wähler des Wahlkreises Friedeberg-Arnswalde vorliegt. Es geht daraus hervor, daß die früheren Mitglieder des Comités, die die neulich mitgetheilte Erklärung gegen Ahlwardt in der „New-York Times“ veröffentlicht haben, ausgeschieden sind. Das neue Comité bringt an der Spitze des Blattes eine Ehrenerklärung (!!) für Ahlwardt und ruft zur Unterstützung des neuen Blattes auf. Somit wäre also die Sache in Ordnung. Nun aber das erwähnte Schreiben an die Wähler Ahlwardts! Darin wird auseinandergesetzt, daß Ahlwardt in Amerika den Interessen seiner Wähler besser dienen könne, als im deutschen Reichstage. Denn der Antisemitismus sei international, und es käme vor allen Dingen darauf an, die Bewegung in alle Länder zu tragen. Darum müsse Ahlwardt noch bis zum Herbst 1896 in Amerika bleiben, „im Interesse der Sache!“ Angesichts solcher Auffassungen von Abgeordnetenpflichten, die hier eine Handvoll Deutschamerikaner mit der unbefangensten Miene von der Welt einem deutschen Wahlkreise aufzutischen sich erdreistet, muß man wirklich erstaunt sein. Deutsch ist es vor allen Dingen, eine übernommene Pflicht zu erfüllen. Wenn Herr Ahlwardt das Bedürfniß fühlt, eine Weltmission in größerem Stile zu erfüllen, so ist das seine Sache, aber dann lege er als ehrlicher Mann sein Mandat nieder und sorge dafür, daß nicht Unberufene vom Auslande her seinen Wählern ein Geschreibsel zusenden, daß diese nur als eine unverschämte Verhöhnung empfinden können.

Oesterreich. Aus Teplitz, 9. April, wird geschrieben: Die czechischen Turnvereine haben die behördliche Bewilligung erhalten, hier zu Pfingsten ein Sokolfest abzuhalten. Die Vorstände aller deutschen Vereine beschlossen eine Einspruchserhebung und eine Eingabe an die Stadtvertretung, damit diese, angesichts des deutschen Charakters der Stadt und der Gefährdung der öffentlichen Ruhe, insbesondere bei der zu Pfingsten hier üblichen Anwesenheit Tausender Fremden und Kurgäste aus Deutschland, die Abhaltung der Feste mit allen gesetzlichen Mitteln hintanhalte.

Für Kassala ist augenblicklich jede Gefahr geschwunden, den Derwischen ist der Boden zu heiß geworden und sie sind bis über den Atbarafluß hinüber zurückgewichen. Bereits am Sonntag hatte der **italienische** Oberst Stevani dem Oberbefehlshaber General Baldissera drahtlich gemeldet, daß die Derwische in Folge der in den Kämpfen am 2. und 3. d. M. erlittenen Verluste und der sich daran anschließenden fortdauernden Belästigungen durch die Garnison von Kassala demoralisirt seien, Tukruf aufgegeben und sich nach Osobri, am linken Ufer des Atbara, zurückgezogen hätten. General Baldissera, der ein sehr vorsichtiger Mann ist und alle seine Kräfte für die vielleicht noch bevorstehenden Kämpfe mit den Abessyniern zusammenhalten will, befahl daraufhin dem Obersten Stevani, genaue Erkundigungen über den Rückzug der Mahdisten einzuziehen, hierbei aber mit der äußersten Behutsamkeit vorzugehen. Schon am Dienstag konnte Stevani seinen Bericht erstatten, worin die Flucht der Derwische über den Atbara bis Osobri mit dem Beifügen bestätigt wurde, sie hätten ihren Rückzug so eilig bewerkstelligt, daß sie dabei ihre Verwundeten, eine Anzahl Maulthiere und eine große Menge Getreide im Stiche lassen mußten. Der Bericht des Obersten enthält noch einen anderen Beisatz minder erfreulicher Natur: nach Meldungen, die Beachtung verdienten, habe Negus Menelik nach Begameder (?) einen Abgesandten geschickt, um über eine Vereinbarung mit den Derwischen zu verhandeln und ihnen Geschenke und eine große Menge Kaffee zu bringen. Daraus wäre zu schließen, daß die abessinisch-italienischen Friedensverhandlungen gescheitert sind und aus dem anscheinend in der Umgebung des Marchese di Rudini aufgetauchten Plane eines gemeinsamen Vorgehens der Abessinier mit den Italienern gegen die Mahdisten nichts werden wird. Gegen die Wahrscheinlichkeit eines Bündnisses Meneliks mit dem Chalifen gegen die Italiener wurde bisher stets die christliche Gesinnung des Negus geltend gemacht. Allein ganz abgesehen davon, daß die christliche Gesinnung Meneliks überhaupt recht fragwürdiger Natur ist, ist nicht abzusehen, warum er nicht das Beispiel jenes „allerchristlichsten Königs“ von Frankreich nachahmen sollte, der sich mit dem Erbfeind der Christenheit gegen den römischen Kaiser deutscher Nation verbündet hat.

Der Präsident der **französischen** Republik, Faure, der bereits bei Gelegenheit der Enthüllung des Falles Belluot seine Vertheidigung vom „Figaro“ führen ließ, veranlaßt heute wieder in diesem Blatte eine ausführliche Abwehr der jüngsten Angriffe gegen ihn. Man habe ihm vorgeworfen, läßt er ausführen, daß er Bourgeois nach Ribots Fall zur Kabinettsbildung berufen und daß er nach der feindlichen Senatsabstimmung dessen Rücktritt nicht gefordert habe. Die Berufung Bourgeois' sei ihm von den Gemäßigten selbst empfohlen worden, die im November gedacht hätten, man müsse einmal die Kammer den Versuch einer radikalen Regierung anstellen lassen. Den Rücktritt des Kabinetts zu fordern wäre eine Art gelinden Staatsstreichs gewesen. Der Fall sei mit einigen gemäßigten Gruppenführern erwogen worden und einer von diesen habe geradeheraus gesagt: „Wenn Sie das Kabinett zur Abdankung zwingen, so finden Sie keinen von uns bereit, seine Erbschaft anzutreten.“ Was der Präsident bisher gethan oder zugelassen habe, gehe nicht über die Grenzlinie hinaus, die verfassungsmäßig über den Parteien stehenden Staats-